

► **Branchen mit vielen Teilzeitjobs weisen auch eine hohe Quote an Neben-Minijobs auf.** Neben-Minijobberinnen haben ihre Hauptbeschäftigung am häufigsten in den drei Branchen „Erziehung, Unterricht, Forschung“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungen, Interessenvertretung“. In diesen öffentlichen oder halböffentlichen Sektoren habe es in den vergangenen Jahren „Umbrüche in der Beschäftigung“ gegeben, merken Schmidt und Voss an: Der öffentliche Dienst baute Stellen ab, gleichzeitig nahm Teilzeitbeschäftigung zu. Seit Anfang der 1990er-Jahre hat sich der Anteil der Teilzeitjobs fast verdoppelt – auf 30 Prozent. Auch in den anderen beiden Branchen wird immer mehr in Teilzeit gearbeitet. Das Entgeltniveau liege „im unteren bis mittleren Bereich, so dass insbesondere für Teilzeitbeschäftigte angenommen werden kann, dass sie in der Haupttätigkeit kaum ein existenzsicherndes Einkommen erzielen können“.

Sowohl das Gesundheits- und Sozialwesen als auch den Bildungssektor nennen die beiden Forscherinnen „besonders auffällige Branchen im Geschehen um Neben-Minijobs“.

Hier üben viele Neben-Minijobber den gleichen Beruf in Haupt- und Nebentätigkeit aus. Daher sei zu untersuchen, inwieweit der steuer- und sozialversicherungsrechtliche Sonderstatus von Minijobs eine problematische Aufspaltung von Arbeitszeitvolumen in sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung beschleunigt – gerade bei den gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen. In den betroffenen Branchen werde es bei einer gleichzeitigen Ausweitung von Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung immer schwieriger, mit einem einzigen Beschäftigungsverhältnis ein existenzsicherndes und ausreichend sozial absicherndes Einkommen zu erzielen. „Auch weil der Neben-Minijob mit Blick auf die erworbenen Ansprüche an das soziale Sicherungssystem Nachteile gegenüber einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufweist, ist die geringfügige Nebenbeschäftigung insbesondere für Frauen daher ein prekärer Pfad.“ ▶

* Quelle: Tanja Schmidt, Dorothea Voss: Arbeitsmarkt- und geschlechtsdifferenzielle Einflussfaktoren für die Ausübung einer geringfügigen Nebenbeschäftigung, in: Industrielle Beziehungen, Nr. 1/2014
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

KONJUNKTUR

Weniger Inflation, weniger Wachstum

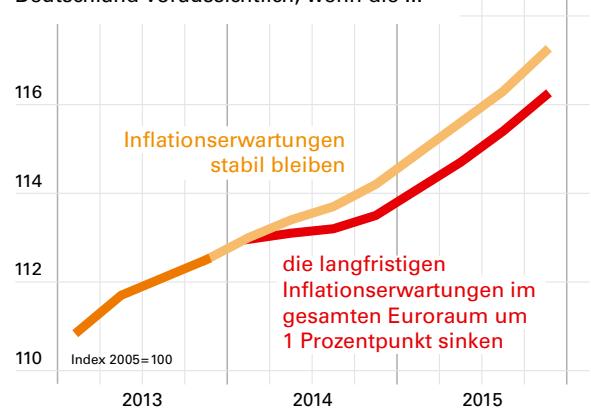
Im Euroraum wächst die Gefahr einer Deflation. Damit drohen erhebliche Einbußen beim Wirtschaftswachstum.

Das IMK erwartet für das kommende Jahr eine solide Konjunktur – warnt aber zugleich vor Risiken.* Besonders die Entwicklung des Preisniveaus macht den Forschern Sorge: Zurzeit werde sowohl in Deutschland als auch im Euroraum die Preisstabilität nach unten verletzt. Mit 1,2 Prozent lag der Anstieg der deutschen Verbraucherpreise im Februar 2014 deutlich unter der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von 1,9 Prozent. Im Euroraum insgesamt stiegen die Preise nur um 0,7 Prozent, in Griechenland und Zypern sanken sie. Es bestehe die „nicht unerhebliche Wahrscheinlichkeit“, dass die Inflation auf geringem Niveau verharrt oder der Euroraum in eine Deflation abgleitet, warnt das IMK. Denn die aktuell niedrigen Inflationsraten seien nicht Folge eines vorübergehenden Schocks, sondern von unausgelasteten Produktionskapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit. Politisch gewollter Druck auf die Löhne in Krisenstaaten schüre zusätzlich deflationäre Tendenzen.

Sollte es tatsächlich zu einem Rückgang des Preisniveaus kommen, wäre das verhängnisvoll: Fallende Preise setzen Anreize, Konsum und Investitionsvorhaben in die Zukunft zu verschieben, schreiben die Ökonomen. Außerdem würde die reale Schuldenlast steigen, was insbesondere in Krisenländern private und staatliche Schuldner überfordern könnte. Wie stark ein Rückgang der langfristigen Inflationserwartungen zu Buche schlagen würden, haben die Wissenschaftler durchgerechnet. Derzeit liegt das langfristig erwartete Wachstum der Verbraucherpreise im Euroraum laut Europäischer Zentralbank noch bei 1,9 Prozent. Im Szenario des IMK geht es um einen Prozentpunkt auf 0,9 Prozent zurück.

Die Kehrseite der Preisstabilität

So entwickelt sich das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland voraussichtlich, wenn die ...



Die Folge: Das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts würde sich im Jahr 2014 von 1,6 auf 1,2 Prozent und im Jahr 2015 von 2,4 auf 1,9 Prozent verlangsamen, weil die höheren Realzinsen Unternehmensinvestitionen verteuern. In den Euroländern insgesamt wäre 2014 nur noch mit 0,5 statt mit 1 Prozent und 2015 mit 0,9 statt mit 1,7 Prozent Wachstum zu rechnen. Die sachte Erholung im Euroraum würde also erheblich gebremst. Dabei sind in der Modellsimulation noch nicht alle negativen Effekte berücksichtigt, so dass der Rückgang der Wirtschaftskraft tatsächlich eher stärker ausfallen dürfte, schreiben die IMK-Forscher. So seien die Folgen der höheren realen Schuldenlast von privaten Haushalten und Unternehmen im verwendeten Modell noch nicht berücksichtigt. ▶

* Quelle: IMK Arbeitskreis Konjunktur: Deutschland im Aufschwung – Risiken bleiben, IMK Report Nr. 91, April 2014
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de